

XIX. GP.-NR
Nr. 341 /J
1995 -01- 17

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Grollitsch, Rossmann, Dipl.-Ing. Schöggel
an den Bundesminister für Unterricht und Kunst
betreffend Kienbaum Unternehmensberatungs-Studie bezüglich Schulverwaltung

Ein Team der Kienbaum Unternehmensberatung hat bereits im Jahre 1991 im Auftrag des Kulturministeriums des deutschen Bundeslandes Nord-Rhein-Westfalen eine umfassende Organisationsuntersuchung im gesamten dortigen Schulbereich vorgenommen. Nunmehr wurde eine neuerliche diesbezügliche Studie fertiggestellt.

Fazit dieser Studie als Rat an die Schulbürokratie:

- Abschaffung der unteren Schulbehörden
- Einführung von Grundschulverbunden
- Gemeinden sollen als Schulträger vom Land pauschal Lehrerstellen und Finanzmittel zugewiesen bekommen
- Ermöglichung einer koordinierten aber standortbezogen ausgestalteten, flexiblen Schullandschaft und sich dadurch eigenständig profilierenden Schulen
- eigene Einnahmenerzielung durch das Anbieten von Dienstleistungen im Bereich der Weiterbildung, Nachhilfe und Nachmittagsbetreuung
- professionelle Ausbildung von Schulleitern im Sinne einer gezielten Vorbereitung auf ihre Funktion
- Befähigung zur Mitarbeitermotivation, zum Verwaltungshandeln und zur Weiterentwicklung der Unterrichts- und Erziehungsarbeit als Voraussetzung für jede Beförderung
- zweijährige Probezeit für Schulleiter

Die österreichische Schul- und Bildungsverwaltung hat sich mit ähnlichen Problemen wie die bundesdeutsche auseinanderzusetzen. Deshalb scheinen viele dieser Lösungsansätze auch für Österreich relevant.

Die unternannten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst nachstehende

A n f r a g e :

1. Ist Ihnen die Kienbaum-Unternehmensberatungsstudie über die Schulverwaltung des deutschen Bundeslandes Nord-Rhein-Westfalen bekannt?
2. Wenn nein, werden Sie sich mit dem Ermittlungsergebnis bzw. den daraus gezogenen Schlüssen für die Schulverwaltung vertraut machen?
3. Wie interpretieren Sie die oben angeführten Schulfolgerungen im Hinblick auf ihre Anwendbarkeit auf das österreichische Schulwesen im einzelnen?